

GRÜNSPIEGEL

informativ • parteilich • aktuell

Ausgabe 46 Juli 2011



Grün-Roter Koalitionsvertrag

Eine Auseinandersetzung mit dem Koalitionsvertrag

**Gastbeitrag von Jochen Haller
Leitender Geschäftsführer
IHK Region Stuttgart**



Die Koalitionsvereinbarung der Landesregierung enthält aus Sicht der Wirtschaft ein ambitioniertes Programm. Die beiden Koalitionspartner setzen erwartungsgemäß neue Akzente und Schwerpunkte, die erkennbar für die Wirtschaft unseres Landes von substantieller Bedeutung sind. Bei aller Neuorientierung muss für die Landespolitik aber die Beibehaltung der besonderen Leistungsfähigkeit der Baden-Württembergischen Wirtschaft Maßstab sein, damit Baden-Württemberg auch zukünftig eine der Spitzenregionen in Europa bleibt. Es ist kein Geheimnis, dass der eine oder andere Punkt in der Koalitionsvereinbarung der Regierungsparteien nicht mit den Positionen der Wirtschaft übereinstimmt. Umso wichtiger erscheint uns der Austausch zu diesen, aber auch zu all jenen Punkten, bei denen wir näher beieinander liegen.

Zunächst: Die Wirtschaft begrüßt das Bekenntnis der neuen Regierung zur konsequenten Konsolidierung des Landeshaushaltes. Diese Konsolidierung des Landeshaushaltes ist dringend geboten. Auch nach der Wirtschaftskrise 2009/2010 muss Nullverschuldung sowie darüber hinaus der Abbau der bestehenden Staatsverschuldung erstrangiges Ziel sein. Dazu muss das Land seine Sparpotentiale im weitaus größerem Maße ausschöpfen als bislang und dies in erster Linie auf der Ausgabenseite. Es ist ein einfaches volkswirtschaftliches Prinzip: Sparen geht in erster Linie über Ausgabenkürzungen. Abgabenerhöhungen – wie bei der Grunderwerbsteuer vorgesehen – sollten aus der Sicht der Wirtschaft tabu bleiben. Sie verteuern Grundstücksäufe

gerade auch für junge Familien und Fachkräfte, auf die die Baden-Württembergische Wirtschaft so dringend angewiesen ist. Zudem ist sie kontraproduktiv vor dem Hintergrund des sich in Baden-Württemberg abzeichnenden Wohnungsmangels. Die Einnahmen durch die Erhöhung der Grunderwerbsteuer sollen in den Ausbau der frühkindlichen Bildung und in die individuelle Förderung an den Schulen investiert werden. Dieser Ausbau wird durch die Wirtschaft begrüßt, die Mittel hierfür sind durch Einsparungen an anderer Stelle, z.B. beim enormen Fixkostenblock im Personalbereich zu erzielen. Auch gilt es Subventionen, Förderprogramme, Zuschüsse auf deren Notwendigkeit und Zielgenauigkeit zu überprüfen und ggf. einzustellen.

Damit berufstätige Eltern ihre Kinder arbeits- und wohnortnah betreuen lassen können, müssen die Angebote für alle Altersstufen ausgebaut werden. Notwendig sind ausreichend Betreuungskapazitäten für Kleinkinder in Kindergärten. Die IHK hat den Vorschlag gemacht, dem Verband Region Stuttgart die Koordinierung der Kinderbetreuungsangebote zu übertragen. Dies könnte z.B. über ein Internetportal geschehen, auf dem Angebot und Nachfrage gelistet werden.

Wir begrüßen auch, dass ein flächendeckendes Ganztagschulanangebot geschaffen und der Unterrichtsausfall ernsthaft bekämpft werden soll. Unseren Forderungen entspricht auch, dass hierfür Haushaltsmittel verwendet werden, die aufgrund sinkender Schülerzahlen frei werden, die sogenannte ‚Demografische Rendite‘. Mit großer Skepsis sehen wir den vorgesehenen grundlegenden Umbau des Schulwesens. Die bisherigen Schulstrukturen haben sich im Grundsatz bewährt. Die Abschaffung der Grundschulempfehlung, die Einführung von Gemeinschaftsschulen, die Zulassung von zwei Geschwindigkeiten an den Gymnasien können leicht dazu führen, dass Schulpolitik zur „Kirchturmpolitik“ verkommt. Privatschulen werden mit Sicherheit weiteren Zulauf bekommen.

Besonders schmerzt das Aus für die Werkrealschule. Ihr Trumpf war die vorgesehene Auslagerung des Unterrichts in die beruflichen Schulen an 2 Tagen im 10. Schuljahr, weil dadurch Berufsorientierung und Nähe zur Dualen Ausbil-

dung erreicht worden wären. Zu befürchten ist nun das Gegenteil: Alle Jugendlichen werden in 10 Jahren, sei es an Gemeinschaftsschulen, an (abgespeckten) Werkrealschulen oder Realschulen einen mittleren Bildungsabschluss anstreben und – mit einem entsprechenden Rechtsanspruch ausgestattet – auf ein (berufliches) Gymnasium wechseln. Der Trend zu Abitur und Studium wird dadurch verstärkt, die berufliche Bildung geschwächt. Hinsichtlich der Unterrichtsinhalte an den allgemeinbildenden Schulen fällt auf, dass die Ökonomie nicht vorkommt – ganz im Gegensatz zu Religion und Ethik, Sport und Musik, politischer Bildung und vielem mehr.

Positiv sehen wir, dass die Beschlüsse der Enquete-Kommission zur Bildungssituation in Baden-Württemberg und die Abreden im Ausbildungsbündnis auch für die neue Landesregierung Leitplanken sein werden. Auch die angestrebte Gleichstellung des allgemeinen und beruflichen Bildungswesens mit der Folge, das strukturelle Unterrichtsdefizit an den beruflichen Schulen abzubauen und die Lehrerversorgung zu verbessern ist zu begrüßen. Allerdings denkt die neue Landesregierung ganz offensichtlich weniger an das Duale System. Die erklärte Absicht, berufliche Schulen zu regionalen Kompetenzzentren für berufliche Aus-, Fort- und Weiterbildung zu entwickeln, teilschulische und schulische



Ausbildungszeiten durch die Kammern anerkennen zu lassen, für Berufskollegs die Kammerprüfung einzuführen und bei einem unzureichenden Ausbildungsplatzangebot subsidiäre Ausbildungsgänge mit Kammerprüfung zu schaffen, macht sehr deutlich, dass Schulen und außerbetriebliche Träger im Vordergrund stehen. Die IHK sieht solche Absichten äußerst kritisch, die Gefahr, dass sich Unternehmen mit Hinweis auf die Angebote im

schulischen Bereich aus der Dualen Ausbildung zurückziehen, ist nicht gering. Die Überlegungen der Koalition sowohl in der Ausbildung wie auch in der Weiterbildung würdigen die Bildungsleistungen der Wirtschaft nicht wirklich. Sorgen bereitet uns auch so manche Aussage zum Thema Verkehr. Die Stärkung des ÖPNV ist offensichtlich ein großes Anliegen und findet grundsätzlich die Unterstützung der IHK. Dazu gehört auch die Absicht zu prüfen, ob der Verband Region Stuttgart im Dialog mit den örtlich Beteiligten als Aufgabenträgerschaft für den ÖPNV gestärkt werden kann. Zur ÖPNV-

Finanzierung heißt es im Koalitionsvertrag verklausuliert, man werde prüfen, „ob die rechtlichen Voraussetzungen dafür geschaffen werden können, dass sich Kommunen eigene Finanzierungsquellen erschließen, die für einen ambitionierten Ausbau des ÖPNV verwendet werden können“. Eine solche Aussage klingt sehr nach dirigistischen Regelungen wie einer City-Maut oder einer Nahverkehrsabgabe. Beides wird von der

Liebe Leserin,
lieber Leser,



die Metropolregion Stuttgart ist der führende Industrie- und Innovationsstandort Deutschlands. Und jetzt kommen die Grünen und Roten und werfen nach 58 Jahren alles über den Haufen?

Wie sieht das „die Wirtschaft“, wie sehen das die lokalen und regionalen Unternehmerinnen und Unternehmer? Wie stellen sie sich auf geänderte Rahmenbedingungen ein?

Auf Einladung des Grünspiegels hat sich Jochen Haller, der leitende Geschäftsführer der Industrie- und Handelskammer (IHK) Region Stuttgart – Bezirkskammer Ludwigsburg, konstruktiv und kritisch mit dem Koalitionsvertrag befasst.

Uwe Scheuritzel
für das Grünspiegelteam

Wirtschaft strikt abgelehnt. Straßenneubauten sollen nur noch in begründeten Einzelfällen realisiert werden. Schon bisher sind Straßenneubauten seltene Einzelfälle und entscheidend ist das Kriterium, das über Bau oder Nicht-Bau entscheidend – leider ist es nicht benannt. Aus unserer Sicht muss auch weiterhin das Kosten-Nutzen-Verhältnis die ausschlaggebende Richtgröße sein, dass heißt, wenn eine Maßnahme volkswirtschaftlich positive Effekte hat, sollte sie prinzipiell baubar sein. Die Einführung von Steuerungstechnologien zur besseren Nutzung der Infrastruktur lässt – neben sicher sinnvollen Aspekten – auch vermuten, dass teurerer Neu- oder Ausbau durch Verkehrslenkung ersetzt werden soll. Nicht akzeptabel ist, dass vor dem Abschluss sämtlicher im Bau befindlicher Maßnahmen an Autobahnen und Bundesstraßen keine neuen begonnen werden dürfen. Positiv sehen wir, dass gegenüber dem Bund die Änderung des Verteilungsschlüssels für den Erhalt sowie Neu- und Ausbauten von Bundesfernstraßen eingefordert werden soll.

Viele genannten Punkte könnten noch vertieft werden, viele andere so z.B. S21 wurden nicht behandelt – aber gerade zu letzterem ist die Haltung der Kammer seit langem bekannt. Der Koalitionsvertrag birgt aus unserer Sicht Chancen und Risiken und ist der erste Meilenstein am Wegrand des gemeinsamen Regierens. Als hiesige Vertretung der Unternehmen wünschen wir uns viele kluge Entscheidungen zum Wohle des Landes, der Unternehmen und ihrer Beschäftigten.

Bürgerbeteiligung? – Bürger beteiligt euch!



von Barbara Schübler

„Demokratie lebt davon, dass der Mehrheitswille zu respektieren ist.“ So kommentierte Herr Oberbürgermeister Spec eine strittige Diskussion am 25. Mai im Ludwigsburger Gemeinderat. „Immer weniger entscheiden über immer mehr.“ So wurde die Bürgerschaftswahl in Bremen in den Medien kommentiert. Nur noch etwas mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten nahmen ihr Wahlrecht wahr. Schön, dass mehr für die GRÜNEN gestimmt wurde. Schade, dass die andere Mehrheit offensichtlich den Glauben in die Wirksamkeit von Wahl und repräsentativer Demokratie verloren hat. Manche(r) potentielle(r) Wähler und Wählerin ist frustriert, manche sind wütend. So wurde der Wutbürger zum Sinnbild desjenigen, der demokratisch getroffene Entscheidungen nicht akzeptiert und eine Rebellion vom Zaune bricht, der nur mit staatlichem Gewalteinsatz begegnet werden kann. Die vielfältigen Protestaktionen und der Schlichtungsprozess haben die Menschen, die legitim und gewaltfrei Widerstand leisten, sichtbar gemacht und so wurde in der medialen Wahrnehmung aus Wut Mut. Vor 100 Jahren war es das gleiche Wahlrecht für alle, welches die Menschen auf die Straße gehen ließ. Heute sind es konkrete Projekte: Stuttgart 21, die Rheintalbahn, der Standort für ein Windrad oder die Olympia-Bewerbung in Garmisch-Partenkirchen. Ein lokales Beispiel: Der Erhalt der Hauptschule in Neckarweihingen.

Dabei wird das konkrete Projekt zum Anlass, mehr Beteiligung und Entscheidungsrechte zu fordern. Dieser Forderung versucht auch die Stadt Ludwigsburg mit vielfältigen Aktionen nachzukommen. Es fanden drei Zukunftskonferenzen statt, bei denen Bürgerinnen und Bürger gemeinsam mit Mitgliedern des Gemeinderats und der Stadtverwaltung das Stadtentwicklungskonzept erarbeitet haben. Gleiches fand für den Stadtteilentwicklungsplan (STEP) in mehreren Stadtteilen statt.

Es ist mittlerweile selbstverständlich, bei Maßnahmen zur Veränderung, die viele Menschen betreffen oder große Emotionen erwarten lassen, die Betroffenen in öffentlichen Veranstaltungen zu informieren, zuletzt die Pläne zum

Parkraumkonzept in der Oststadt, wodurch die Parkplätze auch auf der Bärenwiese nicht mehr kostenlos zu nutzen wären. Die Information zu den Plänen, in Neckarweihingen den Standort für einen Supermarkt mit der Schule zu kombinieren, war die nächste Veranstaltung dieser Art.

Frühzeitig umfassende und transparente Information ist die erste Voraussetzung für die breite Beteiligung der Bürger und Bürgerinnen.

Es sollte selbstverständlich sein, die unmittelbar Betroffenen über die Pläne zu informieren, bevor dies die örtliche Zeitung tut. Im Fall des Supermarkt-/Schulstandortes in Neckarweihingen wurden die Mitglieder des Stadtteilausschusses – sehr kurzfristig – zur Tagesordnung „Vermarktungskonzept Neckarterrassen“ eingeladen. Eine konkrete Vorlage gab es nicht. So wurden die Gremiumsmitglieder von der Brisanz des Themas völlig überrascht. Als Schulleiterin wurde ich erst eingeladen, nachdem ich im Büro des Oberbürgermeisters nachgefragt hatte.

Diese Vorgehensweise entspricht fatal der Situation von vor 3 Jahren, als schon einmal die Idee, den Schulstandort Schwarzwaldstraße für einen Supermarkt frei zu machen, „aus dem Hut gezaubert wurde“.

Offensichtlich befürchtet die Stadtverwaltung eine ebenso emotional geleitete Diskussion, wie 2008/09.

Damals hatte der Protest zwei zentrale Forderungen:

1. Den Erhalt des Schulgebäudes in der Schwarzwaldstraße. Dieses

Gebäude wurde 1966 als letzte Investition der noch selbstständigen Gemeinde Neckarweihingen durch den Star-Architekten Benisch erbaut, der später u.a. das Olympiastadion in München entwarf. Es steht unter Baudenkmal-schutz.

2. Den Erhalt der Hauptschule als Angebot einer weiterführenden Schule in Neckarweihingen.

Auch in den STEP-Diskussionen war dies so formuliert worden. Der Stadtteil-Entwicklungs-Plan, der im Ergebnis im Januar 2010 durch den Gemeinderat abgestimmt wurde, lautet zu diesem Themenbereich:

Ziele/Visionen/ Fragestellungen: Standort und Bestand der Hauptschule sind zu klären.

Geplante/ Offene Maßnahmen: Über den künftigen Schulstandort und die Zukunft der Hauptschule wird im Rahmen der Fortschreibung des Schulentwicklungsplans entschieden.

Die Fortschreibung des Schulentwicklungsplans wurde vor wenigen Wochen im Gemeinderat beschlossen. Wie alle Schulen hat die Friedrich-von-Keller-Schule die für die Erarbeitung notwendigen Schülerzahlen und Daten mitgeteilt.

In dieser Situation kam die – für alle überraschende – Mitteilung, dass Pläne zur Kombination von Supermarkt und einer Grundschule, die seit 2008 in der Schul-lade liegen, diskutiert werden sollen.

Zur Begründung, dass hiermit drei Jahre gewartet wurde, ließ Herr Oberbürgermeister Spec per Zeitung verlauten, die Diskussion sei in der damals emotionalen Situation nicht möglich gewesen. Man hoffe jetzt im Rahmen sachlicher Gespräche sinnvoll darüber entscheiden zu können. In Neckarweihingen allerdings herrscht momentan die Stimmung vor, „dass die da oben doch eh tun, was sie wollen.“

Eine Meinung, die auch die Aktiven von POZ oft hören. POZ (Permanente Offene Zukunftskonferenz) ist eine Arbeitsgruppe zur Bürgerbeteiligung, die aus der ersten Zukunftskonferenz entstand. Die POZ definiert sich selbst als eine „offene, niemandem verpflichtete Gruppe, die Meinungsbilder erfasst zu Themen, die für Ludwigsburgs Zukunft wichtig sind.“

Womöglich wurde diese Stimmung in Neckarweihingen auch in der Stadtverwaltung wahrge-

nommen. Innerhalb von einer Woche haben inzwischen auf der Ebene der Verwaltungsspitze und der Schulleitung mehrere Gespräche stattgefunden. Zum letzten Gespräch waren auch Elternvertreter, Schülervertreter und Mitglieder des Fördervereins anwesend.

Hier wurden erstmalig konkrete Pläne vorgelegt, die die Möglichkeit aufzeigen, den Supermarkt und eine kombinierte Grund- und Hauptschule und die notwendigen Räume für die Ganztagesbetreuung auf dem bestehenden Schulgelände zu integrieren. Der Oberbürgermeister erwartet sich ein eindeutiges Stimmungsbild. Gegebenenfalls wird nicht einmal ein Bürgervotum abgeschlossen.

Bürgerbeteiligung par excellence?

In der Praxis zeigt sich, dass tatsächlich der erste Schritt zur Bürgerbeteiligung die Information ist. Im Gegensatz zur Verwaltung und auch den gemeinderätlichen Gremien, die institutionell verankert regelmäßige Treffen zum Abgleich des Informations-Standes nutzen, ist dies für die Bevölkerung nicht selbstverständlich. Hoch emotionale Anliegen erreichen ihre Zielgruppe relativ einfach. Es ist aber nicht zu erwarten, dass die Betroffenen die mit dem Thema verbundenen Inhalte umfassend kennen.

In Neckarweihingen ist es die Frage, ob sich die Schule in Hinblick auf ein durch die neue grün-rote Landesregierung ermöglichtes Gemeinschaftsschulkonzept positionieren soll. Gegebenenfalls müsste dies als Forderung ins Raumkonzept einfließen. Der Begriff „Gemeinschaftsschule“ und die bildungspolitischen Veränderungen sind noch nicht umfänglich bei den Beteiligten, Schülern und Eltern angekommen.

Diese Informationen zu vermitteln braucht Zeit. Es müssen Termine gefunden werden unter Berücksichtigung der Situation der Eltern, die oft berufstätig sind und nach einem langen Arbeitstag keinen anstrengenden Workshop bewältigen möchten; aber auch in Hinblick auf die schulischen Situation – es steht das Schuljahresende an – an dem vielfältige weitere Aktivitäten zu bewältigen sind.

Dem widerspricht der Zeitplan der Stadtverwaltung, die bis zur Sommerpause im Gemeinderat eine Entscheidung über den Supermarkt- und damit den Schul-

standort haben möchte, in die die Ergebnisse aus der Bürgerbeteiligung eingeflossen sein sollen.

Sollte dann der Gemeinderat – durchaus nach Abwägung aller Interessen – zu einem anderen Entschluss kommen, als dies das Meinungsbild der Bevölkerung erhoffen ließ, stellt sich den Beteiligten wiederum die Frage, ob ihr Engagement, sich zu informieren und zu einem eigenen, fundierten Standpunkt zu finden, gerechtfertigt war.

Und ob es sich das nächste Mal lohnt, zur Wahl zu gehen...

Zur Wahl des Ludwigsburger Gemeinderats 2009 hatten sich die Grünen als Forderung ins Wahlprogramm geschrieben:

Regelmäßige Befragung der Bürger nach ihren Interessen und Meinungen.

Information und Meinungsbildung in Bürgerversammlungen oder über das Internet zu Vorhaben, die von Interesse sind.

Den Einsatz informeller Beteiligungsinstrumente z.B. in Form ausgeweiteter Zukunftswerkstätten.

Die Beteiligung von Betroffenen z.B. bei Gestaltungsprojekten.

Unterstützung bei formalen Verfahren, wie dem Bürgerentscheid und Bürgerbegehren.

Transparenz der Haushaltsplanung und Bürgerbeteiligung bei der Entscheidung über die Verwendung eines Teils des Investitionsetats.

Verbindliche Bürgerentscheide bei großen Investitionsvorhaben, die eine Verschiebung in den zukünftigen Haushaltsplanungen erwarten lassen (z.B. Multifunktionshalle).

Bis dahin ist es noch ein weiter Weg, den es zu gehen gilt!

Ein erster Schritt ist das Erleben, dass Beteiligung wirksam ist. Hierfür hat die grün-rote Landesregierung im Koalitionsvertrag verankert, „Demokratie durch mehr Rechte für die Schülerinnen und Schüler direkt erfahrbar machen.“ An der Friedrich-von-Keller-Schule in Neckarweihingen wird das Erleben von Demokratie heute schon in verschiedenen Gremien praktiziert.

Jeweils zu Wochenbeginn treffen sich die Schülerinnen und Schüler der Klassen 4 bis 9 mit ihren Lehrerinnen und Lehrern im Plenum. Hier wird über Aktuelles berichtet, es werden Vorhaben und Projektergebnisse vorgestellt. Jeder hat das Recht einen Antrag einzubringen.

In der Regel wird der Antrag zur



Wirtschaft, Verkehr, Energie und Bildung

Wohin geht die grüne Reise?

...Fortsetzung von Seite 2

weiteren vertieften Beratung in die Klassenräte weiter gegeben. Der Klassenrat findet ab Klasse 1 in jeder Klasse einmal wöchentlich zu einem im Stundenplan verankerten Termin in Anwesenheit der Schulsozialarbeiterin statt.

Dieser hat die gleiche Funktion wie das Plenum, nur eben auf Klassenebene, wo für die Schüler und Schülerinnen ein stärker unmittelbarer Bezug und die Aufforderung zur Beteiligung gegeben ist. Nach der Meinungsbildung in den Klassen wird der Antrag im Plenum der nächsten Woche abgestimmt. Dabei sind die Gruppe der Schüler und die Gruppe der Lehrer gleichberechtigt. Ergebnisse aus diesen Abstimmungen sind für alle am Schulleben Beteiligten bindend. Aus schulrechtlichen Gründen werden die Beschlüsse der Schulkonferenz zur endgültigen Entscheidung und Übernahme in die Schul- und Hausordnung vorgelegt. Bisher waren alle Entscheidungen so vernünftig, dass die Schulkonferenz bedenkenlos zustimmen konnte.

Auf städtischer Ebene sollte es selbstverständlich sein, die Meinungsbilder als Ergebnis der Befragungen, die die POZ Ludwigsburg! ehrenamtlich durchführt, für die Information der beschließenden Ausschüsse und des Gemeinderates aufzuarbeiten.

Noch viel regelmäßiger und selbstverständlicher sollten Bürgerversammlungen stattfinden. Diese müssen offen sein für Themen aus dem Lebensbereich der Bürgerinnen und Bürger. Vor allem sollte ergebnisoffen diskutiert werden. Und: die Meinung der Bürgerinnen und Bürger muss wertgeschätzt und ernst genommen werden.

Dies ist das Fundament für das Engagement des Einzelnen. Diskussion und nachvollziehbare Entscheidungen tragen zur Stärkung der demokratischen Grundordnung bei.

Es liegt nicht zuletzt an uns – den Bürgerinnen und Bürgern – dass wir uns beteiligen und damit Bürgerbeteiligung möglich machen. Ich freue mich darauf zu erleben, dass die Schülerinnen und Schüler, die an der Friedrich-von-Keller-Schule Neckarweihingen Demokratie erleben, ihre Erfahrung und ihr Engagement aus den Diskussionen um den Schulstandort in das Leben der Stadt Ludwigsburg einbringen werden.

Gastbeitrag von Theresia Bauer

Der Koalitionsvertrag ist unterzeichnet – wir können mit dem Gestalten beginnen. Mit den Themen Umwelt und Energie, Verkehr und Infrastruktur, Wissenschaft und Ländlicher Raum sind die Grünen MinisterInnen in der Regierung genau für die Bereiche zuständig, in denen wichtige Weichen für die ökologische Erneuerung der Gesellschaft gestellt werden können.

Die daraus folgenden Handlungsspielräume werden Regierung und Fraktion nutzen, um gemeinsam längst überfällige Veränderungen auf den Weg zu bringen. Die Blockade bei der Windenergie werden wir auflösen, den Strukturwandel der Automobilindustrie auf dem Weg zur integrierten Mobilitätskonzepten vorantreiben und konstruktiv begleiten, Forschung und Lehre stärker am Ziel der nachhaltigen Entwicklung der

Gesellschaft orientieren und die Rahmenbedingungen für eine ökologische Landwirtschaft verbessern.

Die erste Regierung unter grüner Führung wird aber trotzdem mehr als ein öko-alternatives Wohlfühlprojekt – wir wissen sehr genau, dass auch jenseits von Stuttgart 21 große Herausforderungen auf uns warten. Wir werden auch Probleme zu lösen haben, die auf den ersten Blick wenig mit Ökologie zu tun haben. Aber wir verfügen mit dem Grundsatz der Nachhaltigkeit über einen klaren Orientierungsrahmen für unsere Politik, an dem wir uns ausrichten. Und wir nehmen die Menschen mit: im Koalitionsvertrag mit der SPD haben wir Grün-Rot als „Bürgerregierung“ definiert. Mehr Partizipation auf allen Ebenen – das bedeutet mehr als Volksabstimmungen als ultima ratio. Stattdessen kann es heißen, Bürgerinnen und Bürger zu Betei-



Theresia Bauer, MdB
Ministerin für Wissenschaft, Forschung, Kultur und Kunst

ligten an zukunftsfähigen Windparks zu machen und so einerseits erneuerbare Energie ökologisch

zu erzeugen und andererseits mit großer Bürgerbeteiligung demokratisch zu organisieren. Oder es kann heißen, Studierende von Anfang bei der Gestaltung von Lehre und Forschung mitreden zu lassen. Unsere starke Fraktion und unsere kommunale Verankerung gewährleisten, dass die Orientierung an Nachhaltigkeit und Partizipation auch da gelingen kann, wo wir nicht über das Ministerium verfügen.

Beispielhaft gelingen könnte das bei neuen Schulen, die von unten wachsen und sich an den Bedürfnissen und Ideen der Menschen vor Ort orientieren. Bei all diesen Themen geht es nicht nur darum, eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen auf den Weg zu bringen. Es geht vielmehr darum, einen neuen Politikstil zu etablieren, der zum Mitmachen motiviert und Gestaltungswillen und Innovationsfähigkeit belohnt – damit der Wechsel wirklich gelingt.

Ortstermine und Diskussionen über das Hochberger Tunnelprojekt

Bis zu zwei Drittel Entlastung



von Karl Burgmaier
Das Projekt „Hochberger Tunnel“ kommt in die entscheidende Phase. Im April berät der Ausschuss für Umwelt und Technik (AUT) des Kreistags in einer Sondersitzung über den geplanten Tunnel. Die Mitglieder der grünen Kreistagsfraktion informierten sich daher vor Ort über die aktuelle Verkehrssituation in der Hochberger Hauptstraße und die Tunnelpläne.

„15 000 Kfz am Tag durch diese enge Straße sind zu viel“, meinte Kreisrat Dr. Peter-Michael Valet und mit ihm seine Fraktionskollegen. Mit der grünen Gemeinderatsfraktion und der Hochberger Tunnelinitiative wurden verschiedene Maßnahmen diskutiert, wie dieses hohe Verkehrsaufkommen reduziert werden kann. „Wir haben deutlich gemacht, dass der Tunnel die wirksamste Maßnahme zur Verkehrsentslastung“ ist, sagte Gemeinderat Dr. Karl Burgmaier. Prof. Kölz kommt in einem Gutachten aus dem Jahr 2007 zu dem Ergebnis, dass ein Tunnel zwei Drittel des Verkehrs von der Hauptstraße nehmen kann.

Udo Behrendt von der Tunnelinitiative in Remseck kritisierte das ständige Hinausschieben des Tunnelbaus: „Wenn es allgemein bleibt, dann sind alle für den Tunnel. Wenn es um Geld geht, dann wird blockiert“. Valet erinnerte



daran, dass die Grünen im Kreistag bereits für 2011 ausreichend Finanzmittel für die Planung des Tunnels bereitstellen wollten, die anderen Fraktionen dies jedoch abgelehnt hätten. Die Grünenfraktion hat sich dort im April die-

sen Jahres für die Bereitstellung der Planungsmittel stark gemacht, damit endlich der erste Schritt getan wird.

„Das sind wir allen Betroffenen in Hochberg und Umgebung schuldig“, sagte Valet.

Grüne gewinnen Mitglieder

Ein Neumitglied stellt sich vor

von Jochen Panni, Ortsverband Ludwigsburg

Seit einem Jahr Neumitglied Der Wechsel beginnt. Zuerst waren die vielen Neumitglieder, dann kamen die vielen Stimmen für die Grünen und nun gibt es erstmals einen grünen Ministerpräsident – und das im konservativen Baden-Württemberg. Seit 30 Jahren vertreten die Grünen die gleichen Grundsätze wie zum Beispiel in der Umwelt- und Gesellschaftspolitik. Deshalb sind die Grünen zurzeit in Deutschland die einzig glaubwürdige Partei. Das war der entscheidende Grund für mich einzutreten.

Ich bin 34 Jahre alt und Finanzbeamter aus Ludwigsburg.



Ein weiterer entscheidender Grund für mich bei den Grünen einzutreten war, dass die Grünen sich bisher auch politisch für Minderheiten einsetzen, unabhängig davon, ob die Mehrheit der Bevölkerung davon betroffen ist. Die Wähler wissen wofür die Partei steht, auch wenn sie selber nicht jede Position teilen. Deshalb ist es wichtig für die Grünen an ihren Grundsätzen festzuhalten, um glaubwürdig zu bleiben und weiterhin erfolgreich Wahlen zu gestalten. Jetzt haben die Grünen erstmals die Chance in Baden-Württemberg aktiv Politik zu gestalten.

Anzeigenpreise

10 mm einspaltig
kosten 4,- Euro

Diese Anzeige
mit 11 cm Höhe
würde 44,- Euro kosten

Grüner Parteitag in Berlin beschließt Atomausstieg

Diskussion um den Atomausstieg: Argumente – Meinungen – Positionen

von Siegfried Rapp
Auf dem Bundesdelegiertenkongress, BDK, in Berlin am 25. Juni 2011 beschloss eine große Mehrheit der Delegierten nach einer sechsstündigen leidenschaftlichen und inhaltsreichen Debatte dem Antrag des Bundesvorstandes zuzustimmen. Dieser Antrag stand unter der Überschrift: „Energiewende in Deutschland – Grün geht voran“

Die Kernaussage in diesem Antrag lautet: „Den Atomausstieg wollen wir unterstützen – eine unsinnige Kaltreserve, mangelhafte AKW-Sicherheit, fehlende Endlagersuche und eine Energiewende, die zurück zur Kohle will, sind für uns dagegen nicht zustimmungsfähig.“

Siegfried Rapp, Mitglied des Grünspiegelteams fragte bei Delegierten nach: Wie hast du abgestimmt? Was war dein Hauptgrund, so abzustimmen.

Zustimmung: Gaby Walter



Vorstand OV Lauffen a.N. und KV Heilbronn:

Ich habe für das Atomausstiegsgesetz gestimmt, da mich die heutige Diskussion überzeugte und es schlüssige Argumente für die Realisierbarkeit gibt.

Zustimmung: Harald Brunner



OV-Sprecher Böblingen Klares Ja zum Ausstieg. Seit 30 Jahren arbeiten wir auf dieses Ziel hin.

Zustimmung: Christel Brodersen



Kreisvorstand Rems-Murr

Ich habe dafür gestimmt, da es ein Schritt in die richtige Richtung ist. Eine spätere Verbesserung muss natürlich angestrebt werden und hoffentlich können wir sie dann auch durchsetzen. Derzeit sind wir nicht in der Lage „Bedingungen“ zu stellen.

Zustimmung: Matthias Eimen



Kreiskassier KV Ludwigsburg, Gemeinderat in Tamm Ich will schnellstmöglich aussteigen! Aber wenn es für 2017 keine Mehrheit gibt, müssen wir dem Ausstieg 2022 zustimmen, denn für den Ausstieg bin ich auf jeden Fall.

Lasst uns jetzt „konsequent für neue Energien“ kämpfen und den deutschen Ausstieg zum Erfolg machen und zum Vorbild für alle anderen Länder.

Zustimmung: Ingrid Hönlinger



MdB, Ludwigsburg Die größtmögliche Zustimmung zum Atomausstieg macht diesen Ausstieg gesellschaftlich unumkehrbar. Wir machen klar, dass die Atomenergie der Vergangenheit angehört.

Und: wenn die viertgrößte Industrialisierung der Welt ohne Atomkraft erfolgreich sein kann, so ist das auch ein ermutigendes Signal für andere Länder in Europa und auf der Welt, diesem Weg zu folgen.

Zustimmung: Stefan Krüger



Mitglied OV Vaihingen/Enz Für mich war der Aspekt des großen gesellschaftlichen Konsenses das führende Motiv! Der große Konsens ist aus meiner Sicht auch die Absicherung dafür, dass der Ausstieg unumkehrbar ist. Ein umfassender Konsens in dieser Frage ist auch ein Element der Politik des Gehört-werdens und eine Abkehr von Konfrontation und Spaltung!

Ablehnung: Uta Hermenau



OV- und KV-Vorstand Ludwigsburg Wir Grünen sind erfolgreich, wenn wir glaubwürdig bleiben. Diese Glaubwürdigkeit wurde von den Bürgern bei der Wahl in Baden-Württemberg honoriert. Deshalb war mir bei der BDK wichtig, für einen schnellstmöglichen und unumkehrbaren Ausstieg zu stimmen. Das Atomausstiegsgesetz der Bundesregierung erfüllt diese Forderungen nicht, weshalb ich dem Leitantrag des Bundesvorstandes, der eine Zustimmung dieses Gesetzes beinhaltet, nicht zustimmen konnte.

Enthaltung: Dirk Werhahn



OV- und KV-Vorstand Ludwigsburg Mitglied im Landesvorstand Mir ist die Glaubwürdigkeit grüner Politik wichtig: wir haben noch im März im Länderrat festgelegt, dass wir 2017 aussteigen wollen. Mir geht es um eine rechtliche Verankerung, so dass das Gesetz Verfassungsrang bekommt. Mir geht es darum, dass es eine Energiewende hin zu erneuerbaren Energien gibt. Mir geht es darum, dass Gorleben als Endlager nicht weiter ausgebaut wird. Einem Antrag, der die Glaubwürdigkeit unserer Politik fördert, der die Unumkehrbarkeit enthält, der für die Energiewende steht, der Gorleben stoppt. Dem kann ich zustimmen. Da nicht alle – aber einige Forderungen umgesetzt werden, enthalte ich mich.

Wir wünschen unseren Lesern einen erholsamen Sommer mit viel Zeit im Grünen

„Dauerhafter Erfolg ist nur im Team möglich.“

*Klaus Steilmann
1929 – 2009, Unternehmer*

**Euer Grünspiegelteam
Andreas Kasdorf
Max Bleif
Siegfried Rapp
Uwe Scheuritzel**

**Mit Unterstützung von
Alexander von Wascinski
und Markus Schimek**

Termine

Radtour zum Forellenteich

Leichte Genusstour
Tourenleitung: Regine Jung,
Anmeldung erforderlich unter:
regine.jung@gmx.de
Treffpunkt: Sonntag, 10. Juli 2011,
10.00 Uhr, Anlände Hoheneck
Rückkehr ca. 17.00 Uhr

2. Ludwigsburger Speakers' Corner

Ingrid Hönlinger, MdB,
lädt ein zur Bürgerdiskussion
Themen: Bürgerbeteiligung,
AKW-Ausstieg, PID, Europa,
Diskutieren Sie mit!
Ort: Ludwigsburg, hinter der
evangelischen Stadtkirche
Samstag, 16. Juli 2011,
11.00 bis 13.00 Uhr

Faire Kaffeetafel

Ort: Marktplatz Ludwigsburg
Samstag, 23. Juli 2011,
ab 13.00 Uhr

**Radtour durch den Wahlkreis
Vaihingen/Enz**

mit Dr. Markus Rösler, MdL
Infos: www.MarkusRoesler.de
oder unter Tel. 0711/2063-649
Sonntag, 17. Juli 2011

**Ein arabischer Frühling – auch
für Frauen?**

Aus der Reihe „Ladies Lunch on
Tour“ – nur für Frauen –
Mittwoch, 20. Juli 2011, 17.30 Uhr
Forum3, Stuttgart

Die Wirtschaft wird grün

Eine Bildungsreise durch Bayern
und Baden-Württemberg
30. August bis 2. September 2011
Heinrich Böll Stiftung
Baden-Württemberg e.V.
Infos unter www.boell-bw.de

Apfeltag in Vaihingen

Dr. Markus Rösler, MdL,
organisiert für den NABU einen
Präsentations- und Verkostungs-
stand von Streuobstgetränken
Infos: Stadt Vaihingen, Agenda-
büro, Uta Wamsler, Friedrich-Kraut-
Straße 40, 71665 Vaihingen,
Tel. 07042/18-290,
U.Wamsler@Vaihingen.de
Sonntag, 2. Oktober 2011

GRÜNSPIEGEL

Impressum:
Zeitschrift des Kreis- und Ortsverbandes
von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Ludwigsburg.

Der Grünspiegel ist kostenlos erhältlich.
Herausgeber/Anschrift der Redaktion:
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kreisverband Ludwigsburg,
Ortsverband Ludwigsburg
Im Uhland, Uhlandstraße 21
71638 Ludwigsburg
Tel: 07141-927926
Fax 07141-905194
kv.ludwigsburg@gruene.de
www.gruene-ludwigsburg.de
Bankverbindung: KV Ludwigsburg
Kontonummer: 507 949 005,
BLZ 604 901 50,
Volksbank Ludwigsburg
Redaktion (ViSDP): Andreas Kasdorf,
Max Bleif, Siegfried Rapp, Uwe Scheuritzel
gruenspiegel@gmx.de

Druck: Druckerei Ratz, Schönaich
Ausgabe 46: Juli 2011
Auflage: 900
Bildnachweis: Alle Bilder Redaktion
Grünspiegel, privat oder öffentlich.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben
nicht unbedingt die Meinung der Redaktion
bzw. des Kreis- oder Ortsverbandes wieder.
Für den Inhalt der gekennzeichneten Artikel
sind die Autoren verantwortlich.
Die Redaktion behält sich die Bearbeitung
der eingereichten Beiträge vor.

Anzeige

oeco capital
Lebensversicherung AG

Keine Rüstung. Keine Atomkraft.

**Dafür beste Ratings
und hohe Garantieleistungen.**

Die oeco capital ist der „erste ökologische Lebensversicherer“ Deutschlands.

Ob Privat-Rente, „Riester“- oder „Rürup“-Rente – die Kapitalanlage erfolgt immer zu 100 % nach eigenen Umweltleitlinien.

Sie wollen mehr wissen?
Gern berate ich Sie persönlich.
Ihr Versicherungsmakler
für nachhaltige Geldanlagen.

Eric Welte
Telefon 07141 / 59136
ericwelte@gmx.de